

Freiheit und Sicherheit der Wissenschaft in Europa

Rede der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft
Professorin Dr. Katja Becker
anlässlich des Neujahrsempfangs der DFG
Leibniz-Saal der BBAW, Berlin, 12. Januar 2026

Es gilt das gesprochene Wort!



Sehr verehrte Frau Bundesministerin Bär,
sehr geehrte Frau Ministerin Czyborra,
sehr geehrte Frau Ministerin Martin,
sehr geehrte Frau Ministerin Schüle,
sehr geehrter Herr Minister Mohrs,
sehr geehrte Damen und Herren Staatssekretärinnen und Staatssekretäre,
verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages,
Exzellenzen und geschätzte Mitglieder des diplomatischen Corps,
Präsident*innen und Magnifizzenzen,
liebe Kolleg*innen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit diesen melodischen Klängen heiße ich Sie sehr herzlich willkommen zum Neujahrsempfang der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Ich hoffe, dass Sie friedliche und erholsame Festtage verbringen konnten, und freue mich sehr, mit Ihnen gemeinsam den Beginn des neuen Jahres begehen zu dürfen.

Ladies and gentlemen,

with these melodious sounds, I would like to warmly welcome you to the German Research Foundation's New Year's reception. I hope you had a peaceful and enjoyable festive season, and I am delighted to be celebrating the onset of the New Year with you.

Für den wunderbaren Auftakt in das neue Jahr möchte ich den Musiker*innen des Trio Largo – Lisa Buchholz, Niko Zeidler und Elias Weber – ganz herzlich danken. Mit Ihrem Zusammenspiel im Sound von Pee Wee Ellis' „The Chicken“ haben Sie genau den richtigen Rahmen geschaffen, um gemeinsam auf das neue Jahr zu blicken.

Um ganz ehrlich zu sein, möchte ich meine diesjährige Neujahrsrede eigentlich mit Sprachlosigkeit beginnen. Mir fehlen die Worte angesichts des Schicksals der jungen Menschen, die in Crans-Montana gemeinsam Silvester feiern wollten. Doch allzu oft verschlägt uns auch die rasante Umordnung der Welt die Sprache, ob nun angesichts der neoimperialistischen Aktivitäten, der Demontage von Wertesystemen oder der vielerorts katastrophalen humanitären Situation.

All diese Entwicklungen betreffen uns hier in Deutschland und in Europa. Bei aller Betroffenheit müssen wir Wege finden, unsere Sprachlosigkeit zu überwinden. Dafür gibt es hierzulande beste Voraussetzungen, denn in unserer Gesellschaft haben wir weiterhin die Freiheit, Herausforderungen offen anzusprechen, einander zuzuhören und miteinander die beste Lösung zu finden – und auf dieser Basis gemeinsam zu handeln.

Auch die Wissenschaft ist längst ins Spannungsfeld geopolitischer Strategien geraten – weit über sensible Bereiche wie Energie, Biotechnologie, KI und Quantenforschung hinaus. Forschungssicherheit, Wertebindung und Resilienz sind in der Folge zu neuen Koordinaten verantwortungsbewusster internationaler Forschungszusammenarbeit geworden. Zugleich bilden sie wichtige Leitprinzipien zeitgemäßer Wissenschaftspolitik.

Im deutschen Wissenschaftssystem wurde zuletzt intensiv über offene Fragen der Forschungssicherheit und Sicherheitsforschung diskutiert: über die enge Verflechtung von Abhängigkeiten und Sicherheitsfragen ebenso wie über die möglichen Beiträge ziviler Forschung zur Verteidigungsfähigkeit Europas und der NATO. Dieser Diskurs hat einen Punkt der Komplexität und Verdichtung erreicht, der zeigt, dass wir den Referenzrahmen erweitern müssen.

Ja, wir brauchen mehr Sicherheit – in Wissenschaft und Forschung ebenso wie in der Gesellschaft insgesamt. Diesen Wandel gestalten wir seitens der Wissenschaft aktiv mit. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützt die Wissenschaft daher nicht nur hier in Deutschland, sondern engagiert sich – und das wissen Sie längst – weltweit dafür.

Die Erfolge, die wir in Europa in den bald 70 Jahren seit Unterzeichnung der Römischen Verträge in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam erzielt haben, bestärken uns dabei in unserer Überzeugung:

Die Lösung kann nur ein gemeinsamer europäischer Ansatz sein.

Die Wissenschaft weiß, warum. Seit Jahrhunderten vernetzen sich die Gelehrten Europas und der Welt aller Kriege, Krisen und politischen Unwägbarkeiten zum Trotz und über Grenzen hinweg, um Wissen auszutauschen und die Erkenntnisfindung voranzubringen. Die Wissenschaft lebt von genau diesem Austausch, von der Zusammenarbeit, vom gemeinsamen Überwinden alter Grenzen und der Entdeckung des Neuen.

So gelingen echte Innovationen und nachhaltige Veränderungen. Die weiträumig vernetzten, renommierten Universitäten, Akademien und Forschungsinstitutionen unseres Kontinents sind wohl die besten Beispiele für diese Stärke – und für die Resilienz – hervorragender europäischer Forschung.

Getragen wird diese Spitzenforschung auch von den Idealen der europäischen Integration. Von der Vision eines geeinten Europas, in dem frühere Rivalen durch gemeinsame Institutionen, geteilte Entscheidungen und wirtschaftliche Verflechtungen über nationale Grenzen hinweg dauerhaft und friedlich zusammenarbeiten – eines Europas der geteilten Werte, die unser gesellschaftliches Miteinander und unser gemeinsames Handeln prägen.

In der auch intellektuellen und wissenschaftskulturellen Vielfalt Europas lebt und atmet die wissenschaftliche Suche nach neuer Erkenntnis genau diesen europäischen Geist. Er beseelt den wissenschaftlichen Austausch und hat die Forschungszusammenarbeit in Europa längst zu einer Erfolgsgeschichte werden lassen. Die europäische Integration hat daran einen entscheidenden Anteil – denken Sie nur an die Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt, das Schengenabkommen und die EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation sowie das Erasmus+-Programm.

Aus diesem Grund haben sich Wissenschaft und Wissenschaftspolitik auch in Europa längst gemeinsam auf den Weg gemacht, Strategien und Lösungen für aktuelle Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen.

Sichtbar wird dies beispielsweise an den Ratsempfehlungen zur Forschungssicherheit. Diese sehen eine unterstützende Rolle der EU beim Umgang mit ungewolltem Wissenstransfer, ausländischer Einflussnahme und Verletzungen von Forschungsethik oder -integrität vor. Geplant ist zudem der Aufbau eines europäischen Kompetenzzentrums für Forschungssicherheit sowie einer Plattform, die Forschende bei der Bewertung der Risiken ihrer internationalen Kooperationen unterstützt. Im Rahmen des bevorstehenden Rechtsakts für den Europäischen Forschungsraum werden zukünftig außerdem einheitliche, verbindliche Mindeststandards für Forschungssicherheit angestrebt.

Im Bereich der Sicherheitsforschung werden ebenfalls bereits Wegmarken gesetzt. So wird etwa das zehnte EU-Rahmenprogramm Weichen stellen, die die europäische Wissenschaftslandschaft ab übernächstem Jahr und noch bis weit über 2035 hinaus prägen werden. Dazu gehört, zivil-militärische Synergien entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu schaffen – einschließlich der Grundlagenforschung. Das kommende Rahmenprogramm wird dann – weiterhin unter dem Namen „Horizon Europe“ – auf ganzer Breite Forschung mit Dual-Use-Potenzial fördern können. Allein die Umdeutung des Dual-Use-Begriffes ist dabei bemerkenswert.

Mit diesem fundamentalen Umbau von „Horizon Europe“ wird ein Paradigmenwechsel vollzogen, der das Ende der über 30-jährigen Geschichte ziviler Forschungsrahmenprogramme bedeutet.

So wichtig die verstärkte Aufmerksamkeit auf Sicherheitsfragen aktuell auch ist: Die Frage darf nicht nur lauten, wie wir den Wandel hin zu mehr Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit möglichst wirkungsvoll gestalten können. Wir müssen auch innehalten und abwägen: Welche Folgen kann dieser Umbau haben?

Dies betrifft zunächst mögliche unmittelbare oder kollaterale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft in ganz Europa – und auch hier in Deutschland. Aus Sicht der Wissenschaft wären hier vor allem höhere sicherheitsbedingte Hürden für Innovationen, die aus der Forschung kommen, zu bedenken.

Doch die möglichen Folgen dieser Neuausrichtung reichen weit darüber hinaus, in den Kern dessen hinein, wie wir Wissenschaft verstehen. Welche Auswirkungen auf die Wissenschaft selbst, ihre Kultur und Praxis, die Art und Weise des Forschens und auf ihre Rahmenbedingungen stehen zu erwarten? Inwiefern wird sich dadurch das Selbstverständnis, in dem wir in Europa bisher Wissenschaft betreiben, verändern?

Langfristig geht es dabei auch um die kommenden Generationen von Forscher*innen. Werden auch sie künftig noch mit Begeisterung in einem geeinten Europa forschen können, ihrem wissenschaftlichen Erkenntnisdrang folgen, mit Kolleg*innen in aller Welt zusammenarbeiten und Brücken bauen können?

Hinter all dem stehen große Fragen: Was bedeutet ein Primat der Sicherheit für die großen Forschungsfragen unserer Zeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen? Welche Folgen könnte eine Neubewertung bisheriger Prioritäten für unsere Gesellschaft haben? Und wie sicher können wir sein, dass diese Veränderungen nicht doch irgendwann die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft – und damit auch das hohe internationale Renommee des Wissenschaftsstandorts Deutschland – beeinträchtigen?

Ich denke, wir sind daher gut beraten, ein breites Bewusstsein für die erwartbaren Effekte auf unser Wissenschaftssystem und die möglichen Folgen für unsere Gesellschaft zu schaffen und den Wandel aktiv mitzugestalten.

Wir engagieren uns aus gutem Grund, denn: „Die Freiheit der Wissenschaft und ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem sind für eine offene Gesellschaft unverzichtbar“ – mit dieser wohlbedachten Feststellung beginnt nicht erst die Satzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.¹

In Deutschland kennen wir die Wissenschaftsfreiheit schon seit der Paulskirchenverfassung von 1848/49, und ich kenne keine ältere Verfassung, die Wissenschaftsfreiheit noch früher als Grundrecht gewährleistete. Heute garantiert sie nicht nur die individuelle Freiheit, wissenschaftlich zu forschen und zu lehren. Ihr Schutz erstreckt sich auch auf die dazu notwendigen Institutionen und die wissenschaftliche Selbstverwaltung. Außerdem sichert sie die besondere Funktion der Wissenschaft, die sie in der Gesellschaft und für die Gesellschaft erfüllt.

Für dieses Lebenselixier innovativer Spitzenforschung, frei von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitvorstellungen, sind wir ebenso dankbar wie für die verlässliche Unterstützung durch und die gute Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern aus Bund und Ländern. Auch diese ist übrigens international sichtbar.

Doch schon ein Blick in die jüngste Geschichte genügt, um zu erkennen, dass vermeintlich sicheres Recht sehr schnell verloren gehen kann. Wissenschaft, Politik und Gesellschaft müssen deshalb füreinander einstehen und sich stark machen – auch für die Wissenschaftsfreiheit. Dazu gehört ebenso, die Resilienz der Wissenschaft weiter zu stärken und ihre Sicherheit zu erhöhen.

Als DFG übernehmen wir Verantwortung für eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit – im Sinne der Wissenschaft und für die Errungenschaften unseres Wissenschaftssystems in Deutschland insgesamt. Aktuell zeigt sich dies etwa an dem Engagement unseres Senats für die Resilienz der Wissenschaft. Aber schon seit 2014 betreiben wir gemeinsam mit der Leopoldina den Gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanten Forschung. Aus diesem sind bisher an rund 120 Einrichtungen Kommissionen für Ethik in der Forschung hervorgegangen, die in sicherheitsrelevanten Fragen wertvolle Unterstützung bieten.

In den letzten Jahren haben wir zudem Empfehlungen, Leitlinien und Checklisten veröffentlicht, um internationale Kooperationen sicherer zu gestalten – ganz nach dem Motto „So offen

¹ Präambel, Absatz 1, Satz 1 der Satzung der Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Fassung des Beschlusses der Mitgliederversammlung vom 2. Juli 2025, eingetragen im Vereinsregister unter Nr. VR 2030 beim Amtsgericht Bonn am 17. Oktober 2025.

wie möglich, so geschützt wie nötig.“. Denn grenzüberschreitende Forschungszusammenarbeit ist nicht nur für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas, sondern auch für die Resilienz und Preparedness unserer demokratischen Gesellschaften von entscheidender Bedeutung.

Darum freuen wir uns sehr, dass kurz vor Weihnachten noch eine Einigung über die Eckpunkte zur Stärkung der Forschungssicherheit in Deutschland gelungen ist. Der starke Schulterschluss zwischen Wissenschaft, Politik und Sicherheitsbehörden ist entscheidend dafür, dass unser Wissenschaftssystem auch unter schwierigen Rahmenbedingungen handlungs- und wettbewerbsfähig bleibt.

Gleichzeitig leistet die Einrichtung einer nationalen Plattform für Forschungssicherheit, für die die DFG seit Langem wirbt, einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Wissenschaftsfreiheit. So wird die Plattform die Selbststeuerungsfähigkeit der Wissenschaft, etwa bei der Einschätzung von Risiken, unterstützen und Orientierung für den Umgang mit kritischen Partnern in internationalen Kooperationen bieten.

Mit dieser Einigung haben Bund, Länder und die Allianz der Wissenschaftsorganisationen ein hervorragendes Fundament geschaffen, um sich auch auf europäischer Ebene und mit unseren internationalen Partnern für das Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit einzusetzen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, die notwendigen Maßnahmen zur Forschungssicherheit so mit der fünften Grundfreiheit zu verweben, dass Forschungsfreiheit, freie Mobilität und offener Zugang zu Wissen bewahrt werden. Wenn dies gelänge, dann hätten wir etwas bislang Einzigartiges für die Spitzenforschung in einem Europa der Wissenschaft erreicht.

Verehrte Damen und Herren,

das Friedensprojekt Europa hat aus seinen antiken Wurzeln die Erkenntnis gezogen: Wir können nicht allein mit nationalen Lösungen auf globale, geopolitische Herausforderungen reagieren. Wir müssen vielmehr nationale, europäische und multilaterale Ansätze zusammendenken: Besonders in Sachen Forschungssicherheit bieten die europäische Integration und der globale Zusammenhalt unter Wertepartnern einen starken Rahmen.

Die Freiheit, Erkenntnisfähigkeit und Innovationskraft der Wissenschaft in Europa weiter zu stärken, ist daher einer der besten Vorsorge- und Schutzmechanismen – für unsere Demokratie, unsere Gesellschaft und unsere Werte, für die wir uns täglich weltweit einsetzen. Und genau deshalb sind wir so gerne Europäer.

Keinesfalls aber dürfen wir unsere grundlegende Freiheit für ein wenig zeitweilige Sicherheit aufgeben. Vielmehr müssen wir, wie Karl Popper es 1945 formulierte, „für die Freiheit planen und nicht für die Sicherheit, wenn auch vielleicht aus keinem anderen Grund als dem, dass nur die Freiheit die Sicherheit sichern kann“.²

Herzlichen Dank.

² Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 2: Falsche Propheten: Hegel, Marx und die Folgen, Mohr Siebeck: Tübingen 2003, S. 224.